Migration und Vielfalt: Das Problem mit der Kultur

Michael Wimmer/EDUCULT April 2017

Über „Kultur“ zu reden bedeutet immer über Einschluss UND Ausschluss zu reden. Als einer der „furchtbarsten Begriffe, die jemals gebildet worden sind“ (Niklas Luhmann) bezieht er sich nie auf alle Menschen sondern charakterisiert die eine, mit bestimmten Merkmalen ausgezeichnete Gruppe in ihrem Verhältnis bzw. im Gegensatz zu anderen.

Wenn im Handlungsfeld „Vielfalt und Migration“ die im Zuge der gewollten und der erzwungenen Zuwanderung die dabei politisch geschürten Ängste angesprochen werden, dann berweisen die Angstmacher explizit auf die trennende Dimension von Kultur. Es ist der Versuch einer kulturellen Identitätsbildung, der die dadurch Bezeichneten zu Verteidigern eines kulturell „Eigenen“ macht, das durch „Andere“ im Rahmen von Änderungen der demographischen Zusammensetzung eine Bedrohung erfährt.

Auffallend ist, dass die Aufmerksamkeit auf kulturelle Unterschiede gerade in Zeiten wachsender sozialer Unterschiede eine besondere Konjunktur erfährt. Gleichzeitig erscheint Politik geschwächt, wenn es darum geht, Lösungen vor allem für sozial Benachteiligte durchzusetzen

In diesem Sinn muss die aktuelle öffentliche Erregung um mehr oder weniger willkürlich ausgewählte kulturelle Besonderheiten auch als Verschleierung sozialpolitischer Rückschritte gelesen werden, die bei immer mehr Menschen in existentielle Ängste verursacht, die mit kulturellen Zuschreibungen bestenfalls eine Scheinlösung finden.

Es zeigen sich in den aktuellen gesellschaftlichen Krisenerscheinungen die negativen Wirkungen einer umfassenden Kulturbegrifflichkeit, die sich seit den Bemühungen vor allem sozialdemokratischer Reformkräfte um einen „weiten Kulturbetriff“ (Hilmar Hoffmann) seit den 1970er Jahren zum Anspruch einer Metapolitik mutiert ist, der alle Lebens- und Arbeitsbereiche der Menschen umfassen sollte (und sich dennoch – jedenfalls in ihrem Anfangsstadium - auf eine weitgehend ethnisch, religiös und sozial homogen vorgestellte Bevölkerung bezogen hat).

Heute zeigen sich die unerwarteten Konsequenzen einer ursprünglich progressiven Forderung nach kultureller Vielfalt als einem zentralen Begründungszusammenhang von Kulturpolitik. Es sind vor allem rechtspopulistischen und rechtsradikalen politischen Kräfte, die gegenwärtig den größten Nutzen aus einer solchen begrifflichen Expansion ziehen, wenn sie mit ihrer Politik auf eine Vertiefung von, als weitgehend unüberwindlich verhandelten kulturellen Gräben setzen und damit liberale Vorstellungen eines gleichberechtigten Neben- und Miteinander unterschiedlicher kultureller Ausdrucksformen in die Defensive drängen.

Entsprechend läuft meine These zu einem Beitrag für die Momentum-Konferenz auf die Forderung nach „kultureller Abrüstung“ hinaus, die auf eine möglichste, jedenfalls politische Zurückhaltung im kulturellen Anspruchsgefüge hinausläuft. Diese ließe sich provokant auf die These „Je weniger Kultur in der Politik, desto besser das Zusammenleben“ reduzieren. In dem Zusammenhang schlage ich eine zweite Phase der Säkularierung vor, die nicht nur auf eine Trennung von Kirche und Staat sondern auf eine ebensolche von Kultur und Staat hinausläuft.

Gleichzeitig war es noch nie so wichtig, auf zivilisatorische Errungenschaften der wie unveräußerliche Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu

insistieren, die sich – um Unterschied zu Kultur – auf *alle* (ungeachtet ihrer ethnischen, religiösen oder sonstigen Zugehörigkeit) anwenden lassen. In der aktuellen nicht nur politisch-krisenhaften Situation spricht vieles dafür, das staatliche Engagement im Kulturbereich vor allem auf *Kunst* zu beschränken, die sich per definitionem jeder Art von Grenzziehungen (und damit auch spezifischen kulturellen Zuschreibungen) entzieht und statt dessen in ihrem kosmopolitischen Anspruch die Vielfalt der ästhetischen Erfahrbarkeit von Welt für alle Menschen repräsentiert.

Weil sich die Diskussion um Vielfalt und Migration im Besonderen auf das Verhältnis von Stadt und Land beziehen soll, lohnt eine Erinnerung an das, was die besondere Qualität von Stadt immer schon ausgemacht hat. Als ein traditioneller Knotenpunkt für Menschen unterschiedlicher Herkünfte liegt eine der zentralen Ideen von Stadt in ihrer sprachlichen, ethnischen, religiösen, sozialen und damit kulturellen Vielfalt. In dem Zusammenhang verweise ich gerne auf den Autors Wolfgang Schmeltzl , der im 16. Jahrhundert in Wien u.a. biblische Theaterstücke verfasst hat. Er erzählt in seinem „Lobspruch auf die Stadt Wien“ vom bunten Treiben am „Lugeck“, dem damaligen Ausschauplatz der WienerInnen an den Gestaden der Donau, deren Flusslauf bis vor die Tore der Stadt heranreichte:

„Ans Lugeck kam ich von ungefähr/Da gingen Kaufleut' hin und her/In fremder Kleidung bunterlei/Und sprachen fremde Sprachen dabei/Ich dacht', ich wär' nach Babel kommen/Wo Sprachenwirrnis Anfang genommen/Und hört' ein seltsam Geträtsch, Geschrei/Auch schöne Sprachen mancherlei/Hebräisch, Griechisch und Lateinisch, Deutsch, Französisch/Türkisch, Spanisch, Böhmisch, Windisch, Italienisch/Ungarisch, gut Niederländisch/Natürlich Syrisch/Croatisch, Serbisch, Polnisch und Chaldäisch/Des Volk's war da die große Menge...“

Besser kann man den Charakter von Stadt als einen Ort der Vielfalt nicht zum Ausdruck bringen. Wien ist wie kaum eine andere Stadt von Zuwanderung geprägt (sie hat im Lauf des 19. Jahrhunderts eine Vergrößerung seiner Bevölkerung von 80.000 auf 2.000.0000 EinwohnerInnen erfahren). Nicht umsonst wird in der Zeit des Fin de Siécle Wien als ein „Melting Pot“ beschrieben, dessen besondere Qualität in der Verschiedenartigkeit seiner Bevölkerung bestanden hat.

Vielleicht ist es der massenhafte Zuzug aus dem dörflichen Raum, der Wien – neben anderen ZuwanderInnen-Gruppen – nach dem Zweiten Weltkrieg in besonderer Weise charakterisiert und viele seiner BewohnerInnen bis heute glauben lässt, dörfliche Homogenitätsvorstellungen ließen sich im verunsichernden Getriebe der Stadt nochmals rekonstruieren. Und doch sind sie gezwungen, den Schutzmantel der im dörflichen Kontext quasi naturhaft wirkenden kulturellen Identitätsvorstellungen abzulegen und stattdessenden den Reichtum unterschiedlicher kultureller Ausdrucksformen als besondere Qualität von Stadt anerkennen zu lernen. Dass diese kulturellen Unterschiede immer auch konflikthafte Potentiale umfassen, soll bei dieser Gelegenheit nicht verschwiegen werden; zugleich bietet sich Stadt wie kein anderer Ort an, diese Konflikte auf der Grundlage einer als gemeinsam erkannten zivilisatorischen Verfasstheit zu verhandeln.

Im Sinne meiner zentralen These wird „progessive Migrationspolitik“ anerkennen müssen, dass wie immer gearteten Integrationsbemühungen mit kulturellen Mitteln nicht beizukommen ist. Vorrangig sind andere Politikfelder wie Wohnen, Verkehr, Sicherheit, Gesundheit oder Arbeitsmarkt, die über eine gelingende Mitwirkung am städtischen Gemeinwesen entscheiden. Dem Bereich der Bildung kommt dabei die spezielle Aufgabe zu, den SchülerInnen das Rüstzeug mitzugeben, um „Kultur zu verlernen“, damit die Fähigkeit zu erwerben, die vermeintliche Naturhaftigkeit kultureller Zugehörigkeit zumindest zu relativieren, sich in anderen kulturellen Zugehörigkeiten wieder zu

erkennen und dabei doch das spezifisch „Kulturelle“ der Aufrechterhaltung zivilisatorischer Standards unterzuordnen.

Im Zusammenhang mit dem aktuellen Flüchtlingszug plädiere ich für eine ganz besondere kulturpolitische Zurückhaltung. Es geht um Menschen in spezifischen Notsituationen, wo bei wir alle gefordert sind, diese zu lindern. Mit noch so gut gemeinten kulturpolitischen Zuschreibungen, die – siehe oben - notwendig Einschluss UND Ausschluss bedeuten, sollten wir ihre Situation nicht weiter erschweren.